



## Newsletter

Januar 2019

Liebe Leserin, lieber Leser,

zunächst wünsche ich Ihnen ein gutes Jahr 2019 voller Gesundheit, Zufriedenheit und mit vielen schönen Ereignissen!

Politisch ist dieses Jahr für Europa äußerst turbulent gestartet: der Brexit hält uns weiter in Atem. Nachdem Theresa May die Zustimmung zum mit der EU ausgehandelten Brexit-Abkommen deutlich im Unterhaus verweigert wurde, sie aber das Misstrauensvotum politisch „überlebt“ hat und nun weiter am Zug ist, eine Lösung vorzuschlagen, ist weiterhin ungewiss, ob die Europäische Union bald nur noch 27 Mitgliedstaaten haben wird oder ob das Vereinigte Königreich am Ende doch (vorerst?) weiter dazugehören wird. Mir wäre die letzte Variante am liebsten, sie wäre auch aus meiner Sicht am besten für die Wirtschaft und die Menschen. Aber viele erwarten, dass es doch zur „Scheidung“ kommt.

Der „Countdown“ mit Gesetzesverhandlungen, die noch vor der Europawahl abgeschlossen werden sollen, läuft weiter. Bis Mitte April reiht sich für uns eine Sitzungswoche an die nächste. Es ist auch mein „Countdown“ als Europaabgeordnete, da ich ja nicht wieder kandidiere. Aber bis dahin bin ich noch voll dabei und werde weiter in Newslettern aus meiner Arbeit berichten.

Viel Spaß beim Lesen!

# *Inhalt*

## **I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen**

Britisches Parlament stimmt gegen Austrittsabkommen	Seite 3
Übergabe Ratspräsidentschaft an Rumänien	Seite 4
Spanischer Präsident Pedro Sánchez Pérez-Castejón zur Zukunft Europas	Seite 5
20 Jahre Euro	Seite 5
InvestEU: gute Aussichten für die blaue Wirtschaft (Schatten-Berichterstatterin)	Seite 5
Zulassungsverfahren der EU für Pestizide: Ergebnis des Untersuchungsausschusses	Seite 6

## **II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg**

Mobilitätspaket für fairere Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr (Schatten-Berichterstatterin)	Seite 7
European Maritime Single Window (Schatten-Berichterstatterin)	Seite 7
Brexit erfordert neue Regeln für Schiffszertifizierer (Schatten-Berichterstatterin)	Seite 8
Bundesfachausschuss Umwelt in Brüssel	Seite 8
Neue CO2-Grenzwerte für PKW beschlossen	Seite 8
Einwegplastik: Trilog erfolgreich beendet	Seite 9
Filmabend im EP: A Rose in Winter	Seite 10

## **III. Aus Deutschland und aller Welt**

Hamburg - „Insiderblick“ aufs Meer	Seite 11
Tornesch – Elvis und Europa	Seite 11
Hannover – Der größte FDP-Kreisverband lädt ein	Seite 11

## **IV. Terminvorschau**

## *I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen*

### **Britisches Parlament stimmt gegen Austrittsabkommen**

Nach zweieinhalb Jahren war es endlich soweit. Am 15. Januar stimmte das britische Unterhaus über das Brexit-Austrittsabkommen ab, welches zwischen der britischen Premierministerin Theresa May und den europäischen Staatschefs ausgehandelt worden war. So wie es jetzt aussieht, wird das Vereinigte Königreich am 29. März 2019 die EU ohne ein Abkommen verlassen, anstatt unter abgestimmten Bedingungen für beide Seiten auszutreten. Das Resultat der Abstimmung über das Austrittsabkommen wurde mit überdeutlicher Mehrheit abgelehnt.

Das überrascht mich und zahlreiche Europaabgeordnete nicht, denn schon lange gab es das Gerücht, dass im Vereinigten Königreich die Wettbüros keine Wetten auf das Ergebnis dieser Abstimmung eingingen. Das reichte als Indiz dafür, dass die ständige Unentschlossenheit innerhalb der regierenden konservativen Partei der Tories und der Mangel an parteiübergreifenden Gesprächen mit den Sozialisten im britischen Parlament nur zu einer negativen Abstimmung führen konnte.

Was bedeutet das für die Briten? Darauf gibt es keine deutliche Antwort. May wird zwar noch immer vom House of Commons unterstützt und trägt weiter das Mandat, um das Austrittsabkommen zu verhandeln. Ihr wurde nun aber die nahezu unmögliche Aufgabe auferlegt, noch vor dem 29. März einen mehrheitsfähigen "Plan B" vorzuschlagen. Niemand weiß wie dieser Plan B aussehen soll, oder wie die britische Premierministerin überhaupt ein neues Abkommen verhandeln will. Die EU hat nämlich bereits deutlich gemacht, dass sie nicht von ihren Positionen abweichen wird, und das britische Parlament ist sich deutlich uneins darüber was es eigentlich will oder braucht. Dort wird nämlich konsequent auf alle Absprachen und Alternativen, die die Premierministerin vorlegt, nur „Nein“ gestimmt, ohne dabei neue Vorschläge vorzulegen. Ein weiterer Beweis dafür, dass der Brexit in Großbritannien zu einer tiefen Spaltung geführt hat.

Was bedeutet das für uns? Die Chance auf den gefürchteten No-Deal wächst. In manchen Ländern, so wie in Belgien und Deutschland, werden auch schon die nötigen Vorbereitungen getroffen. Wenn Sie sich an meinen letzten Newsletter erinnern, verfolge ich einen Bericht von Experten über die Folgen eines No-Deals für den europäischen Transport- und Tourismussektor. Es wurde sichergestellt, dass es Vorkehrungen gibt, die den grundlegenden Transport zwischen Europa und Großbritannien weiterhin erlauben. So erfordert der Brexit aber dann mehr Regeln für Schiffszertifizierer, mehr dazu in Teil zwei des Newsletters. Nichtsdestotrotz wären die Folgen eines Austritts ohne Abkommen, auch in anderen Sektoren, katastrophal für den gesamten europäischen Kontinent. Ganz zu schweigen von der Unsicherheit, in der sich britische Bürger in Europa und europäische Bürger in Großbritannien derzeit befinden.

Eins ist deutlich: die britischen Abgeordneten müssen sich ihrer Verantwortung bewusst werden und parteiübergreifend miteinander reden, um zu einer gangbaren Lösung zu kommen. Wir wollen auch vermeiden, das Brexit Problem mit in die nächste europäische Legislaturperiode zu nehmen.

Ich habe immer behauptet, dem britischen Volke sollte selber eine Abstimmung über das Austrittsabkommen erlaubt werden. Eine Umfrage von Politico zeigte am 17 Januar, dass es in Großbritannien mehr Unterstützung dafür gibt als je zuvor, um in der Europäischen Union zu bleiben – die erste Unterstützung war ja gleich nach dem Referendum die Queen mit ihrem „europäischen“ Hut. Ein zweites Referendum könnte dem britischen Volk Gelegenheit zu einer erneuten Abstimmung in der Angelegenheit zu geben, jetzt wesentlich besser informiert. Im europäischen Parlament wird auch die Alternative diskutiert, den Brexit abzuwenden, indem Artikel 50 rückgängig gemacht wird oder indem dieses zweite Referendum

erlaubt wird. Das wäre nicht nur meine Lieblingslösung, sondern gut sowohl für die Briten als auch für die EU, also für uns alle.

## Übergabe Ratspräsidentschaft an Rumänien

Am 1. Januar startete das neue Amt für die Präsidentschaft des Europäischen Rates. Österreichs Führung, die wegen der Arbeitseffizienz hoch gelobt wurde, aber auch ihre Kritik verdient, soll nun von einer rumänischen Präsidentschaft übernommen werden. Während der Plenarwoche in Straßburg hatte ich Gelegenheit, die letzte Ansprache des österreichischen Bundeskanzlers Sebastian Kurz als Vorsitzendem der österreichischen Ratspräsidentschaft zu verfolgen und die erste Rede der rumänischen Ministerpräsidentin Viorica Dăncilă zu hören.

Die Rumänen, erstmals in diesem Amt, werden in den kommenden sechs Monaten die Dossiers von Österreich übernehmen. Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans bat darum, die mehr als 240 legislativen Vorschläge, die dem Rat und dem Parlament noch vorliegen, noch vor der nächsten europäischen Wahl zu verhandeln. Die rumänische Ministerpräsidentin eröffnete ihre neue Ratspräsidentschaft mit einer Rede voller ehrgeiziger Ziele, indem sie Fortschritte in Sicherheit, Multilateralismus, Wirtschaft und Wohlstand versprach und die Förderung von europäischen Werten weltweit. Kurz gesagt, ein Europa, das auf allen Ebenen auf mehr Zusammenhalt hinarbeitet.

An Ambition gibt es also keinen Mangel unter den Rumänen. Einige kontroverse Positionen werden jedoch schwer zu lösen sein. Zum einen führte die Position der Vorgänger der Rumänen zu dem Vertragswerk der Vereinten Nationen über Migration dazu, dass Österreich und einige andere europäischer Länder sich aus dem Pakt zurückzogen, oder ihren eigenen Vorbehalt in den Text einbrachten, was Europa in Sache Migration nur weiter gespalten hat. Es wird deshalb eine Herausforderung für Rumänien, den Europäischen Rat von einem gemeinsamen Migrationskonzept zu überzeugen. Rumänien zeigte sich schon solidarisch, indem es am 9. Januar einige Migranten, die vor der maltesischen Küste gestrandet waren, aufnahm.

Dabei herrscht im Europäischen Parlament wegen der Lücken im rumänischen Rechtssystem einige Skepsis gegenüber dieser Präsidentschaft. Kontinuierliche Anklagen wegen Korruption bedrohen die Legitimität Rumäniens. Ich frage mich, wie Rumänien die europäischen Werte und das Prinzip des Rechtsstaats verteidigen will, wenn diese schon seit langem in Rumänien unter Druck stehen? Unser Fraktionsvorsitzender der ALDE, Guy Verhofstadt warnte sogar davor, dass die rumänische Regierung sich in einer ähnlichen Situation befindet wie Ungarn vor sechs Monaten. Gegen Ungarn wurde im September 2018 ein Strafverfahren nach Artikel 7 aufgerufen. Eine Maßnahme, die antidemokratische Reformen des Rechtsstaats in Europa bestraft, indem es das Stimmrecht entsprechender Nation im Europäischen Rat entzieht. Allerdings fehlt noch die Zustimmung des Rats zum Verfahren gegen Ungarn.

Nur die Zeit kann zeigen, wie gut die erste rumänische Präsidentschaft in der Geschichte der Europäischen Union ausgehen wird. Aber eins ist klar, in dieser Ratspräsidentschaft geht es um mehr, als nur eine Vorreiterrolle einzunehmen im Verhandeln neuer Gesetzgebungen. Rumänien will sich als starkes und solidarisches Mitglied der Europäischen Union aufstellen und damit einen Identitätsbruch mit seiner kontroversen Geschichte zu Stande bringen. Ich warte mal gespannt ab, was diese nächste Präsidentschaft für Fortschritte und Trilogverhandlungen bringen wird. Erschwerte Bedingung: da die Arbeitsphase vor Wahlkampf und Europawahl nur bis zum 18.4. dauert, bleibt wenig Zeit.

## **Spanischer Präsident Pedro Sánchez Pérez-Castejón zur Zukunft Europas**

Zu dieser Plenumswoche war der spanische Premierminister Pedro Sanchez Perez-Castejon nach Straßburg eingeladen, um seine Vision zu der Zukunft Europas vorzustellen. Da er direkt nach der Brexit Debatte sprach, beteuerte er zunächst sein Bedauern zu dem Brexit, da niemand daran etwas gewinne, sondern alle etwas verlieren. Auch er würde Großbritannien weiterhin in der EU willkommen heißen.

Zum Thema Gleichberechtigung deutete Pedro darauf hin, dass Spanien das Land mit den meisten Frauen in der Regierung sei und dass sich das Land stark für die Gleichberechtigung einsetze. Er fordert auch eine Gleichstellungsstrategie in der EU: Anpassung der Gehälter, gleiche Jobchancen und mehr Frauen in der Forschung – ich stimme ihm voll zu. Wie auch seine Vorgänger unterstützt er die Europäische Armee, um bei Verteidigung und Sicherheit voranzukommen und ein ernst zu nehmender militärischer Akteur in der Welt zu werden.

Besonders erfreulich war, dass er auch die Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Gegenden erwähnte. Das städtische Europa dürfe sich nicht von dem ländlichen Europa abwenden. Dies ist eine große Herausforderung, wenn man sich überlegt, wie die Mieten in Städten steigen, wo die attraktiven Arbeitsplätze liegen und wie die Infrastruktur in einigen Gegenden ausgebaut ist. Als Anrainerstaat des Mittelmeers sind Migration und die Flüchtlingskrise für Spanien große Themen. Der spanische Regierungschef erfuhr viel Lob von meinen Kollegen und auch von Vize Präsident Timmermanns für seinen Kurs, Flüchtlinge in sein Land zu lassen, als andere Länder ihre Häfen dichtgemacht haben, wie im Falle der Aquarius. Man kann allerdings auch nicht leugnen, dass die Flüchtlingsdebatte Europa gespalten hat und dem Nationalismus Aufschwung gegeben hat. Diese Spaltung ist die größte Schwäche im Moment, wovon nur die Euroskeptiker profitieren. Deshalb ist es an der Zeit, entschlossen zu sein, um den verloren gegangenen Schwung wieder zu gewinnen. Mir hat die Rede des spanischen Regierungschefs sehr gut gefallen – wir brauchen mehr führende Europäer mit diesen Zukunftsideen!

## **20 Jahre Euro**

Mit der Einführung des Euros wurde eine einheitliche europäische Währung geschaffen, die zahlreiche Vorteile mit sich bringt. Für uns als Bürger ist der größte Vorteil natürlich, dass wir ohne Geld zu tauschen problemlos in den Urlaub innerhalb der EU fahren können. Für die EU bedeutet die Einführung des Euro aber auch, den Binnenmarkt weiterzuentwickeln. Die Wettbewerbsfähigkeit wuchs, wodurch auch die europäische Wirtschaft leistungsfähiger wurde. Global gesehen wurde die EU dank des Euros auch attraktiv für Geschäftstätigkeiten mit Drittländern. So ist der Euro mittlerweile zur zweitstärksten Währung der Welt geworden. Nichtsdestotrotz kam es mit dem Euro auch zu der Wirtschaftskrise 2009. Während der Jubiläumsfeier im Europäischen Parlament wurde der Euro allerdings als widerstandsfähig beschrieben, da er Menschen über die Krise hinweg geschützt hat.

## **InvestEU: gute Aussichten für die blaue Wirtschaft (Schatten-Berichterstatterin)**

Das Europäische Parlament hat im Januar ein starkes Zeichen für die Stärkung der maritimen Wirtschaft gesetzt. Mit der Schaffung von InvestEU, Nachfolgeprogramm vom sogenannten ‚Juncker Plan‘, sollen mittels Darlehen und EU-Garantien gezielt öffentliche und private Investitionen mobilisiert werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Investitionslücke in Europa zu reduzieren.

Eine wichtige Änderung im Vergleich zum Juncker Plan ist, dass InvestEU in Zukunft auch die maritime Wirtschaft fördern wird, worüber ich mich als Sondergesandte für Meerespolitik des Europäischen Parlamentspräsidenten besonders freue. In den vergangenen Jahren ist der Ozean mit seinem enormen Potential immer stärker in den Fokus gerückt. Ob als Quelle von Nahrungsmitteln und Rohstoffen oder für die Energiegewinnung, die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Meere sind noch lange nicht ausgereizt. Investitionen in Meerestechnologien sind aber kostspielig und langfristig, dementsprechend ist eine Finanzierung oft schwierig. Gemeinsam mit Kollegen aus europäischen Küstenregionen habe ich daher als ALDE-Berichterstatterin im ITRE einen Änderungsantrag eingereicht, der Projekte zur Entwicklung einer nachhaltigen „blauen Wirtschaft“ explizit in die Förderung von Invest EU aufnimmt. Dass der Antrag während der Plenartagung im Januar angenommen wurde, ist ein großer Erfolg. Innovative Projekte, junge Unternehmer und Bildungsprogramme können dadurch einfacher gefördert werden.

Ich hoffe sehr, dass die Mitgliedstaaten in den anstehenden Verhandlungen diesem Abschnitt zustimmen werden. Gerade Deutschland mit seiner sehr aktiven Meeresforschung kann von den neuen Regularien profitieren.

Kritischer ist allerdings die vorgeschlagene Ausnahme für einmalige Beiträge von Mitgliedstaaten vom Euro-Stabilitätspakt, dem regelbasierten Rahmen für die Koordinierung und Überwachung der nationalen Finanzpolitiken in der EU. Der wertvolle Beitrag von InvestEU zu Wachstum und Arbeitsplätzen in der EU sollte nicht durch Ausnahmeregelungen vom Euro-Stabilitätspakt untergraben werden. Das kann zu unsolider Haushaltspolitik führen und würde damit den Zielen von InvestEU entgegenlaufen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Textpassage in den weiteren Verhandlungen gestrichen wird.

### **Zulassungsverfahren der EU für Pestizide – Ergebnis des Untersuchungsausschusses**

Der Bericht über das Zulassungsverfahren für Pestizide in der EU wurde in Straßburg mit großer Mehrheit angenommen. Die Nachfrage nach sicheren Lebensmittel wächst stark und zudem muss auch sichergestellt werden, dass Landwirte unter sicheren Bedingungen ihre Lebensmittel produzieren können. Die EU-Regulierungen zur Lebensmittelsicherheit gehören schon zu den strengsten weltweit, aber es gibt immer noch Luft nach oben, diese Regulierungen zu überarbeiten.

Die wissenschaftliche Grundlage, auf denen die Zulassungsverfahren basieren, wurde im dafür eingerichteten Untersuchungsausschuss, dem ich stellvertretend angehörte, viel diskutiert. Bei einem sensiblen Thema wie diesem sind wissenschaftlich neutrale und unparteiliche Ergebnisse wichtig, wie wir sie vom Bundesamt für Risikoforschung (BfR) und von der Europäischen Agentur für Lebensmittelsicherheit (EFSA) bekommen. Wissenschaftliche Studien, die von bestimmten Industrien in Auftrag gegeben wurden, können somit also nicht akzeptiert werden. Dafür haben sich die Co-Rapporteurs Lins und Staes auch eingesetzt. In ihrem Bericht plädieren sie für Transparenz, damit Bürger nachvollziehen können, wo ihre Lebensmittel herkommen und wie sie behandelt wurden. Zuletzt setzt der Bericht noch einen Schwerpunkt auf Innovationen, denn auch die Landwirtschaft kommt ohne Innovationen und Digitalisierung kaum noch aus. Deshalb soll ein Budget für die Landwirtschaft unter dem neuen Forschungsprogramm Horizon Europe zu Verfügung stehen. In einer digitalisierten Landwirtschaft kann der Einsatz von Glyphosat noch zielgerichteter dosiert und damit weiter reduziert werden.

Mit ist bei der sehr emotional und meist wenig wissenschaftlich basierten geführten Debatte über Glyphosat als bekanntestes Pestizid immer wichtig zu erwähnen, dass dies auch von der Bahn zur Gleisbett-Vegetationspflege eingesetzt wird und damit für die Sicherheit des Bahnverkehrs vorläufig unverzichtbar ist.



## ***II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg***

### **Mobilitätspaket für fairere Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr (Schatten-Berichterstatterin)**

Es ist das umstrittenste Gesetzespaket, das ich während meiner zehn Jahre im Verkehrsausschuss je erlebt habe. Es geht um neue Sozialvorschriften für LKW-Fahrer, die die Arbeitsbedingungen der Fahrer verbessern sollen und somit gleichzeitig den Wettbewerbsvorteil der Niedriglohnländer in Osteuropa verringern. Die meisten Fraktionen sind völlig gespalten je nachdem, ob die nationalen Unternehmen von den neuen Regeln profitieren würden oder nicht. Daher ist am 10. Januar ein weiterer Versuch gescheitert, sich auf eine gemeinsame Position zu einigen. Im Verkehrsausschuss wurden alle Kompromisstexte zur Entsendung von LKW-Fahrern und zu Lenk- und Ruhezeiten, abgelehnt.

Überraschenderweise bekam allerdings der neue Vorschlag meines bayrischen SPD-Kollegen Ismail Ertug zur Kabotage eine Mehrheit. Jetzt sind alle etwas ratlos, wie man mit diesem Abstimmungsergebnis umgehen soll. Nachdem im Juli alle drei Dossiers im Plenum durchgefallen sind, wurden sie an den Verkehrsausschuss zurücküberwiesen mit dem Auftrag, eine mehrheitsfähige Position zu erarbeiten. Das ist letzte Woche nicht gelungen. Dabei hatten alle drei Berichterstatter akzeptable Kompromisstexte vorgelegt. Die ALDE hatte sich entschieden, diese zu unterstützen und gegen alle Alternativen zu stimmen, um endlich voranzukommen. Es ist schade, dass die meisten anderen Abgeordneten nicht bereit waren, ihre Ursprungspositionen aufzugeben.

Der Druck, sich zu einigen, hat sich erhöht, seit sich die Verkehrsminister in einer langen Nacht Anfang Dezember zu einer gemeinsamen Position durchgerungen hatten. Die rumänische Ratspräsidentschaft steht bereit, um mit den Trilogverhandlungen zu starten. Doch es bleiben nur noch wenige Monate bis zur Europawahl. Die TRAN Koordinatoren (Sprecher der Fraktionen im Verkehrsausschuss) entscheiden nun voraussichtlich diese Woche, ob es nach dem Abstimmungssdesaster im Verkehrsausschuss eine neue Abstimmung im Plenum geben wird und welche Texte dort vorgelegt werden sollen.

### **European Maritime Single Window (Schatten-Berichterstatterin)**

Im Schatten des 1. Mobilitätspakets sind Anfang Januar mehrere andere Gesetzgebungsvorschläge problemlos durch den Verkehrsausschuss gelaufen. Darunter das europäische einheitliche Fenster für den Seeverkehr oder „European Maritime Single Window“ (EMSW). Es ist Teil des dritten Mobilitätspakets für mehr Digitalisierung im Transportsektor. Dabei geht es um die Formalitäten, die Schiffe beim Ein- und Auslaufen von Häfen erledigen müssen. Noch sind diese von Hafen zu Hafen sehr unterschiedlich: unterschiedliche Formulare, unterschiedliche benötigte Informationen, unterschiedliche Übertragungswege. Die Kommission möchte nun ein System erarbeiten, dass alle Mitgliedsländer für diese Hafeninformationen benutzen sollen. Kernpunkt der neuen Richtlinie ist ein sogenannter „gemeinsamer Datensatz“, d.h. Mitgliedsstaaten müssen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt melden, welche Daten sie für ihre Häfen brauchen. Danach können nur in Ausnahme-/Notfällen noch zusätzliche Daten erhoben werden. Die Reeder können ihre Datensätze somit für mehrere Häfen verwenden und müssen sich nicht bei jedem Hafen wieder neu an die jeweiligen lokalen Anforderungen anpassen. Da die Positionen nicht sehr umstritten sind, sollten wir wahrscheinlich bis Ende Februar zu einer Einigung mit dem Ministerrat kommen.

## **Brexit erfordert neue Regeln für Schiffszertifizierer (Schatten-Berichterstatlerin)**

Die EU ist dabei, die Gesetzgebung an den nahenden Brexit anzupassen. Darunter fällt auch eine Verordnung über die Überprüfung von Gesellschaften, die sich im Auftrag eines Mitgliedstaates um die Zulassung von Schiffen kümmern. Bisher muss nämlich der Mitgliedsstaat, der eine Gesellschaft als erstes für den EU-Markt vorgeschlagen hat, sich auch um die regelmäßige Überprüfung dieser Gesellschaft kümmern. Großbritannien ist daher für zwei große Schiffszertifizierer zuständig, darunter Lloyd's Register. Diese Rolle kann Großbritannien nach dem Brexit aber nicht mehr übernehmen. Damit könnte Lloyd's Register nicht mehr auf dem EU-Markt tätig sein. Nur gibt es hunderte laufende Verträge mit Mitgliedstaaten und Schiffsbesitzern. Die Lösung ist daher, dass zukünftig jeder Mitgliedstaat, auf dessen Gebiet Lloyd's operiert, gemeinsam mit der Kommission die Überprüfung der Gesellschaft vornehmen kann. Auch hier werden wir uns schnell im Trilog einigen können. Zumal die Zeit drängt, falls der Brexit tatsächlich Ende März vollzogen wird.

## **Bundesfachausschuss Umwelt in Brüssel**

In der ersten Sitzungswoche und rechtzeitig vor dem Europaparteitag habe ich die Gelegenheit genutzt, den Bundesfachausschuss Umwelt der FDP nach Brüssel einzuladen. In gewohnter Manier hatten wir zwei spannende Tage mit hochkarätigen Rednern. Am Freitag tagte der Ausschuss im Europäischen Parlament. Die Bereichsleiterin Umwelt der Ständigen Vertretung Deutschlands, Dr. Louisa Rölke eröffnete die Vortragsreihe. Sie berichtete über die Rolle der Ständigen Vertretung in den EU-Gesetzesvorhaben und im Rat. Bereits hier kamen einige Fragen zum Thema Luftqualität auf, welche Veronica Manfredi, Bereichsleiterin Direktorin Lebensqualität, Generaldirektion Umweltpolitik der Europäischen Kommission nach ihrem einführenden Vortrag versuchte zu beantworten. In der Diskussion, die für diesen Beitrag auf Englisch stattfand, mangelte es nicht an Kritik seitens der Teilnehmer an der EU Luftqualitätspolitik. Es ist auch schwierig, nachzuvollziehen, weshalb im innerstädtischen Straßenverkehr strengere Feinstaubgrenzwerte herrschen als bei der Anzahl an Partikeln, denen man zuhause am Gasherd ausgesetzt ist. Als letzte Rednerin überzeugte Sigi Gruber, Referatsleiterin Maritime Ressourcen, Generaldirektion Forschung und Innovation der Europäischen Kommission die Teilnehmer davon, wie wichtig es ist, seitens der EU den Verbrauch von Plastik zu reduzieren, um die Vermüllung der Meere einzudämmen und somit die Aufnahme von Mikroplastik in den menschlichen Organismus zu verringern. Auch hier herrschten trotz fortgeschrittener Stunde großes Interesse und rege Diskussionsbereitschaft. Am Samstag stand neben den internen Beratungen noch der Vortrag von Bernhard Dietrich, Leiter Umweltkonzepte Lufthansa Group, der extra aus Frankfurt angereist war, auf dem Programm. Thema war die Umsetzung von CORSIA, des globalen Klimaschutzabkommens des Luftverkehrs. Auch hier wurde rege diskutiert. Ich habe mich sehr über das Interesse, die spannenden Vorträge und die vielseitig eingebrachte Expertise gefreut.

## **Neue CO2-Grenzwerte für PKW beschlossen**

Bereits kurz vor Weihnachten konnten sich Parlament und Rat im Trilog auf neue Reduktionsziele für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von PKW für den Zeitraum ab 2025 einigen. Diese liegen für 15 Prozent weniger Ausstoß bezogen auf die Grenzwerte von 2021. Dies entspricht dem Vorschlag der Kommission. Das Parlament hatte in seinem Standpunkt 20 Prozent Reduktion gefordert. Für 2030 soll die Reduktion 37,5 Prozent betragen. Die Kommission hatte hier 30 Prozent vorgeschlagen, das Parlament forderte 40 und einige Abgeordnete sogar noch utopischere Werte von 50 oder 70 Prozent. Die Forderung nach 50 Prozent Reduktion wurde auch von zahlreichen deutschen SPD-Abgeordneten erhoben. Zwar ist das beschlossene Reduktionsziel weniger ambitioniert als das, was das Parlament gefordert hat. Allerdings ist



es immer noch sehr, wenn nicht zu ambitioniert. Ein solches Ziel wird nicht ohne einen Technologie-Umbruch zu Elektroautos zu erreichen sein. Das wird sicherlich mit Stellenabbau bei den Auto-Herstellern einhergehen, wie etwa bereits kurz nach dem Beschluss von VW verkündet wurde. Ich setze mich immer dafür ein, dass die Entwicklung technologieneutral erfolgt, Elektromobilität ist nicht die einzige und nicht immer die beste Lösung.

Immerhin erfreulich ist, dass die Quote von Tisch ist. Ursprünglich waren Strafzahlungen für nicht verkaufte Elektroautos vorgesehen. Spannend wird es noch einmal im Jahr 2023, wenn das 2030-Ziel und andere Aspekte der Regulierung überprüft werden sollen.

Der Gesetzesentwurf wird formal in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses bestätigt werden. Das Plenum des Europäischen Parlaments muss danach seine Zustimmung erteilen. Da die FDP die Einbeziehung des Straßenverkehrs in den Emissionshandel und somit die Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Grenzwerte fordert, der Emissionshandel den deutlich technologieneutraleren Ansatz liefert und generell marktbasiert ist, haben wir in der Vergangenheit gegen jede Verschärfung der Ziele gestimmt. Da eine Revision des Emissionshandels zurzeit nicht zur Debatte steht, hätten wir den Zielen, die die Kommission vorgeschlagen hat, zustimmen können, jedoch nicht deren Verschärfung.

### **Einwegplastik: Trilog erfolgreich beendet**

Dass Plastik, vor allem Einwegplastik, ein Riesenproblem ist, wissen wir. Gerade deswegen freue ich mich sehr, dass das Europäische Parlament und der Rat eine Einigung in Bezug auf die drastische Reduzierung von Einweg-Plastikartikeln gefunden hat. Die Einigung aus den frühen Morgenstunden des 19. Dezember 2018 zeigt, dass die EU eines der größten Umweltprobleme unserer Zeit in den Griff zu bekommen versucht.

Mit der neuen Regelung werden bestimmte Wegwerfprodukte aus Kunststoff vom Markt genommen, da es bereits Alternativen zu diesen Produkten gibt. Dazu gehören beispielsweise Einwegbesteck, Strohhalme, oder Luftballonstöcke. Diese Produkte können alternativ aus Bambus, Algen oder aus pflanzlichen Proteinen hergestellt werden. Produkte, die noch nicht aus alternativen Materialien hergestellt werden können, sollen im Verbrauch deutlich reduziert werden. Die Richtlinie setzt auch strengere Vorschriften für Produkte und Verpackungen fest, die zu den zehn am häufigsten vorkommenden Müllteilen gehören, die an europäischen Stränden gefunden werden. Dazu gehören beispielsweise Plastikflaschen, Plastiktüten und Verpackungen von Süßigkeiten oder Eis, aber auch verlorene Fischernetze.

Neben den Schäden für die Umwelt hat die Verschmutzung der Meere und Küsten mit Plastikartikeln auch enorme wirtschaftliche Folgen. Allein in der EU werden die Folgekosten etwa für den Fischerei- und Tourismussektor auf 259 bis 695 Millionen Euro jährlich geschätzt.

Die Ursachen des Problems sind die schlechte Müllentsorgung in vielen Entwicklungsländern aber auch in europäischen Küstenregionen sowie die falsche Verwendung eines derart haltbaren Materials wie Plastik für den einmaligen Gebrauch. Die bisherige Nutzung und äußerst geringe Wiederverwertung von Plastik ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch falsch. Die Einigung über eine drastische Reduzierung der Einwegartikel aus Plastik sollte daher als eine Chance für Innovation und Startups verstanden werden.

Denn mit einer konsequenten Umsetzung der Richtlinie durch die Mitgliedstaaten hat die EU die Chance, nicht nur Vorreiter für einen konsequenten Schutz der Meere zu werden, sondern auch bei der Produktion neuer, nachhaltiger Materialien für den Kaffeebecher zum Mitnehmen oder die Salatschale im Supermarkt.

## Filmabend im EP: A Rose in Winter

Auf Initiative unseres österreichischen EVP-Kollegen Lukas Mandl luden der ungarische S&D-Abgeordnete Peter Niedermüller und ich zu einem fraktionsübergreifenden besonderen Filmabend ein, sogar zu einer Premiere. Gezeigt wurde der Film „A Rose in Winter“ über das Leben von Edith Stein, der engagierten Philosophin, Frauenrechtlerin, Jüdin und Christin, geboren 1891 in Breslau. Nicht nur aus religiöser Überzeugung, sondern auch um politisch etwas zu bewirken trat sie zum katholischen Glauben über, wurde Nonne und versuchte mit einem dringenden Appell an Kirchenvertreter und letztlich den Papst die christliche Kirche dazu zu bewegen, Hitler Einhalt zu gebieten und die Judenverfolgung / den Holocaust zu beenden. Edith Stein starb 1942 in Auschwitz und wurde 1989 von Papst Johannes Paul II. Heiliggesprochen.

An den Film schloss sich eine intensive Diskussion mit dem Regisseur Joshua Sinclair und den beiden Hauptdarstellerinnen an, darunter Anja Kruse, die Ediths Schwester Erna spielt. Ein sehr intensiver und beeindruckender Abend.

## Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- **Im Trilog:**  
Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ACER, Fairer Wettbewerb im Luftverkehr, ENISA (Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich), CO2 für schwere Nutzfahrzeuge, Clean Vehicles, Maritime Single Window (elektronische Hafentrachtpapiere – ALDE-Berichterstatteerin)
- **Demnächst im Trilog:**  
HTA (Gesundheitstechnologien – ALDE-Berichterstatteerin), Trinkwasserqualitäts-Richtlinie, 9. Forschungsrahmenprogramm
- **Im Ausschuss:**  
Ergänzende Schutzzertifikate und Patentrechtliche Forschungsprivilegien - SPC Waiver (ALDE-Berichterstatteerin), Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), CEF (Europäische Infrastrukturförderung für Transport, Energie und Digitalisierung), InvestEU, Programm 2021-2027,

### *III. Aus Deutschland und aller Welt*

#### **Hamburg - „Insiderblick“ aufs Meer**

Waren Sie schonmal im Dockland am Altonaer Fischereihafen? Besonders die obere Etage des gläsernen, wie ein Kreuzfahrtschiff gebauten Gebäudes direkt an der Elbe bietet einen Paradeblick auf Schiffe und Hafenleben. In dieser sehr passenden Ambiente hatte die Deutsche Meeresstiftung, deren Mitglied ich bin, gemeinsam mit der Nordakademie zum Neujahrsempfang eingeladen.

Neben der launigen Rede des „Hamburgers des Jahres 2018“, Wirtschaftssenator a.D. Frank Horch, beeindruckte der Extremschwimmer Andre Wiersig mit einem spannenden Bericht und einem faszinierenden Kurzfilm über sein ausgefallenes Hobby. Als „Offshore-Schwimmer“ ist er dabei, die „7 Channels“ zu schaffen – vergleichsweise dem Achttausender-Programm der Extrembergsteiger. Regeln: die Schwimmer dürfen nur mit Badehose bekleidet sein, schwimmen ohne Haikäfig – daher auch oft bei Nacht, wenn die Tiere weniger aktiv sind – und ohne Pause, begleitet und im Wasser verpflegt von einem Versorgungsschiff. 4 der 7 Etappen hat Wiersig bereits erfolgreich durchschwommen, darunter die längste von 44 km bei Hawaii. Was noch fehlt ist beispielsweise die Meerenge zwischen der Nord- und Südinsel Neuseelands.

Ähnlich wie Andre Wiersig erlebt auch die Standup-Paddlerin Bettina Kohl den Ozean „naturnah“. Beide lieben das Meer, sehen seine Schönheit, aber auch die Bedrohung durch Verschmutzung und engagieren sich daher aktiv für den Meeresschutz. Bettina Kohl erstellt gerade eine Dokumentation und hat dafür sowohl Andre Wiersig als auch mich interviewt. Ich bin sehr gespannt auf das Ergebnis!

#### **Tornesch – Elvis und Europa**

Was hat denn Elvis Presley mit Europa zu tun, mal davon abgesehen, dass er in Deutschland als GI stationiert war? Nun, die FDP Tornesch, die traditionell den Neujahrsempfang für die gesamte Gemeinde ausrichtet, hatte dieses Mal zwei Akteure eingeladen: den Entertainer und schwungvollen Elvis-Interpreten JPKing zum „Anheizen“ und mich als Motivatorin für die anstehende Europawahl. Nachdem durch den ersten Musikblock alle bereits bei bester Laune waren, konnte ich meine Rede mit Anekdoten aus 10 Jahren in Brüssel in fröhlicher Stimmung halten. Dafür hat sich der Weg gelohnt, auch wenn Tornesch in Schleswig-Holstein und damit für mich vom Deister aus nicht gerade um die Ecke liegt.

#### **Hannover – Der größte FDP-Kreisverband lädt ein**

Der dritte Neujahrsempfang war für mich quasi ein Heimspiel und fand in einem der ältesten Gebäude Hannovers statt, im Festsaal des alten Rathauses, einem wunderschönen Backsteinbau. Jedes Jahr am 2. Sonntag im Januar lädt der über 1000 Mitglieder starke Kreisverband Region Hannover der FDP ein, um Rückblick auf das politische Jahr zu halten und das neue „einzuläuten“. Festredner war dieses Mal mein ehemaliger Landtagskollege und designierter Nachfolger Jan-Christoph Oetjen. Sein Thema war – natürlich! - die Zukunft der Europäischen Union, notwendige Reformen und sein Programm für die anstehende Wahlperiode. Jan-Christoph muss noch am nächsten Sonntag in Berlin auf einen aussichtsreichen Platz der FDP-Kandidaten-Liste gewählt werden, aber ich bin sehr zuversichtlich, dass ihm das gelingen wird und wünsche ihm dafür alles Gute!

## *IV. Terminvorschau*

21.1.-4.2.	Brüssel	Ausschüsse, Trilogie
22.1.	Brüssel	Searica Treffen mit Clean Energy, Raumfahrtkonferenz
23.1.	Brüssel	FDP-Neujahrsempfang
24.1.	Brüssel	Searica Meereskonferenz „Fit for the Future“
25.1.	Wennigsen	Veranstaltung „Umwelt und Ozean“
27.1.	Berlin	Bundesvertreterversammlung
28.1.-31.1.	Brüssel	Ausschüsse, Miniplenium, Fraktion
30.1.	Brüssel	Searica Meereskonferenz „Banking on the blue economy“
4.2.-7.2.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Trilog
7.2.	Essen	Energiekonferenz
11.2.-14.2.	Straßburg	Fraktion, Plenum

21. Januar 2019